

# Curia Vista - Geschäftsdatenbank

11.3353 - Postulat

# Erzeugung von Strom mittels erneuerbaren Energien nicht länger blockieren

Eingereicht von	Fiala Doris
Einreichungsdatum	13.04.2011
Eingereicht im	Nationalrat
Stand der Beratung	Im Plenum noch nicht behandelt

### **Eingereichter Text**

Der Bundesrat wird aufgefordert, zu prüfen und Vorschläge zu unterbreiten, wie das Verbandsbeschwerderecht in der Umwelt- und Raumplanungsgesetzgebung eingeschränkt oder zumindest die Verfahren hierfür gestrafft werden können. Das Sonderrecht ausgewählter Verbände zur Verzögerung, Blockierung oder Verhinderung von Projekten zur Erzeugung von Strom mittels erneuerbaren Energien ist angesichts der neuen Ausgangslage in der Energiepolitik in diesem Ausmass nicht mehr gerechtfertigt.

### Begründung

Grössere Anlagen zur Erzeugung von Strom mittels erneuerbaren Energien unterliegen einer Vielzahl von gesetzlichen Vorschriften auf Bundes- und Kantonsebene sowie schliesslich den Bauvorschriften der Standortgemeinden. Einsprachemöglichkeiten von Direktbetroffenen bestehen auf allen Ebenen. Hinzu kommt die Beschwerdemöglichkeit durch Umwelt-, Natur und Heimatschutzverbände als oftmals Unbeteiligte, womit der Weg bis zur Baubewilligung vielfach noch kosten- und zeitintensiver wird. Diese Verbände fordern den Ausstieg aus der Kernenergie. Im Gegenzug verhindern sie aber Lösungen für eine sichere und umweltfreundliche Energieproduktion und gefährden damit die Versorgungssicherheit der Schweiz mit genügend Strom. Dies zeigt sich an verschiedenen Grossprojekten, wie der Erhöhung der Grimsel-Staumauer, beim Bau von Laufkraftwerken sowie verschiedenen Windkraftwerken, um nur einige Beispiele zu nennen.

Sollte der Ersatz bestehender Kernkraftwerke tatsächlich nicht mehr mehrheitsfähig sein (das UVEK erarbeitet zurzeit 3 Energieszenarien, wovon nur eines die Weiterführung des bisherigen Strommixes prüft), müssen in den nächsten Jahrzehnten 40 Prozent des heutigen Stromverbrauchs in der Schweiz durch andere Energieträger (insbesondere Wind - und Wasserkraft) und Effizienzmassnahmen ersetzt werden. Hinzu kommt, dass durch die Bürgerkriege und Konflikte in Nordafrika die zukünftige Versorgungssicherheit der Schweiz mit Öl und Gas unter Druck gerät.

Der enorme Spielraum von Verbänden, Bauvorhaben im Bereich der erneuerbaren Energien zu verhindern, ist deshalb nicht mehr zu verantworten und nicht im öffentlichen Interesse. Entweder müssen die Einspruchsmöglichkeiten eingeschränkt oder es muss dafür gesorgt werden, dass bei der Beurteilung solcher Einsprachen die Versorgungssicherheit der Schweiz mit genügend Strom stärker gewichtet wird.

#### Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

# Mitunterzeichnende (37)

Amstutz Adrian Bigger Elmar Binder Max Borer Roland F. Bortoluzzi Toni Brunner Toni Flück Peter Freysinger Oskar Geissbühler Andrea Martina Gobbi Norman Hochreutener Norbert Ingold Maja Killer Hans Leutenegger Filippo Loepfe Arthur Lüscher Christian Miesch Christian Müller Thomas Müri Felix Nidegger Yves Perrinjaquet Sylvie Pfister Gerhard Reimann Lukas Rickli Natalie Simone Rime Jean-François Roux Paul-André Rutschmann Hans Schenk Simon Schibli Ernst Segmüller Pius Stahl Jürg Stamm Luzi Theiler Georges von Rotz Christoph Wandfluh Hansruedi Wasserfallen Christian Zuppiger Bruno

Deskriptoren: Hilfe

Stromerzeugung erneuerbare Energie sanfte Energie Verbandsbeschwerde Aufhebung einer Bestimmung Bewilligung für Kraftwerk Umweltorganisation Ausstieg aus der Atomenergie Umweltverträglichkeit Verfahrensrecht

### Ergänzende Erschliessung:

66;52

# Zuständig

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)

Sie sind hier: Das Schweizer Parlament > Suche > Geschaefte

© Das Schweizer Parlament / CH - 3003 Bern, Impressum, Disclaimer